



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/232 - 5.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Deutsche Korea - Hilfe	S. 1
England scheute Gewaltanwendung	S. 3
Hitlergeist in Spanien	S. 4
Skandalfall in Schleswig-Holstein	S. 5
Schumacher: Jawohl, alles aufdecken !	S. 7

K o n t o - Nr. 3000

(sp) Aus dem Kreis der politischen Opposition ist der Bundesregierung jetzt zum zweiten Male ein beispielgebender Beitrag zum Thema Internationalität geliefert worden. Der Pressechef des Hamburger Senats, Lüth, hat vor einigen Wochen ein unverzeihliches Versäumnis der Bundesregierung wieder gutzumachen versucht, als er den Finger auf die Achillesferse deutscher politischer Moral legte und unsere Haltung zum jüdischen Volke zur Diskussion stellte, nachdem der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, freilich schon seit Jahren immer wieder auf diese Frage hingewiesen hatte. Die kürzlichen Erklärungen im Bundestag waren nur das sichtbare Ergebnis solcher Bemühungen. Alle Offerten des Bundeskanzlers für einen deutschen Verteidigungsbeitrag dagegen, alle eigenmächtigen Zugeständnisse Adenauers im Rahmen des Schuman-Planes haben Deutschland in der Weltöffentlichkeit nicht von dem Odium befreien können, es sei nicht bereit, aus der Geschichte zu lernen und Fehler einzugestehen.

Der niedersächsische Sozialminister Albertz und Bundesvorsitzender der "Arbeiter-Wohlfahrt" unternimmt es nun mit einigen Freunden aus dem Raume der evangelischen Kirche in ähnlicher Weise, den Geruch der Undankbarkeit zu entfernen, in dem Deutschland seit jeher stand und vor allem nach den Auslands-Sommerreisen der Herren Neureich heute in gefährlicher Weise wieder steht. Er hat vorgeschlagen, sich mit einer deutschen Hilfe in den Kreis der Völker einzuschalten, die seit langem an den Stellen größten sozialen Elends helfend tätig sind. Deutsche Politiker, die bei ausländischen Wohlfahrtsorganisationen um Hilfe für deutsche Vertriebene und Flüchtlinge vorstellig wurden, haben zunehmend erfahren müssen, wie die Hilfsbereitschaft des Auslandes langsam abflaute, da Deutschland nach sechs Jahren, in denen es unaufhörlich der Nehmende war, noch keinen Versuch machte, selber an den Stellen mitzuhelfen, an denen die menschliche Not offensichtlich noch größer ist, als in seinen eigenen Grenzen.

Beide Beispiele - jenes der Initiative für einen Ausgleich mit dem Judentum und das des Vorschlags von Minister Albertz - lassen eine grundsätzlich verschiedene Auffassung des Begriffes Internationalität zu der Auslegung des Bundeskanzlers erkennen. Hier eine echte Solidarität der Notleidenden in der Not, dort eine kommerzielle Verbindung von Schwerindustrien, hier ein freiwilliges Opfer aus der Mitte des menschlichen Heppens, dort eine Preisgabe deutscher Rechte ohne demokratische Legitimation. Beide Beispiele weisen überzeugend den Vorwurf zurück, die politische Opposition denke und handle nationalistisch. Beide Beispiele demonstrieren die glückliche Vereinigung von deutschem Patriotismus und internationalem Gemeinschafts-sinn. Beide kommen aus einem Geiste, der dem Namen Deutschland in der Welt wieder einen guten Klang zu geben vermag.

Es wäre wünschenswert, wenn auch die Koreaaktion ein einstimmiges positives Echo haben würde. Es käme dabei weniger auf das Ausmaß der Hilfe an, die praktisch geleistet werden kann, als überhaupt auf das freudig aufgerichtete Zeichen guten Willens. Jede deutsche Mark, die auf das Konto 3000 der Landesbank in Hannover eingezahlt wird, untermauert das moralische Ansehen Deutschlands jenseits der deutschen Grenzen und begründet oder stärkt das Vertrauen in die Aufrichtigkeit unserer internationalen Gesinnung, die Deutschland selbst auf dem eigentlichen politischen Gebiet erwartet.

x

Der ganze Umfang des koreanischen Elends wird in folgenden Ziffern sichtbar:

In einem Jahr wurden allein auf südkoreanischer Seite 15000 Soldaten und 47000 Zivilisten getötet. In den beiden koreanischen Zonen rechnet man mindestens drei Millionen blutiger Opfer. 50 Städte und 12000 Dörfer wurden ausgeradiert, 425000 Gebäude zertrümmert durch Bombenangriffe oder sonstige kriegerische Handlungen. Über drei Millionen leben in Baracken, notdürftig aus Kistenbrettern zusammengeschlagen. Millionen sind überhaupt obdachlos, seit über einem Jahr ständig auf der Flucht: Von Norden nach Süden und umgekehrt, Tausende sind hüben und drüben als "Kollaborateure" erschossen, Hunderttausende in den überfüllten Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern.

Das Wirtschaftsleben ist lahmgelegt, im Norden wie im Süden. Die Preise sind 800 mal so hoch, wie bei Ausbruch des Krieges. Millionen hungern, Zehntausende sind verhungert.

Nur die höllische Kriegsmaschine läuft ganz ungestört und pünktlich weiter; auf beiden Seiten von gigantischen Mächten versorgt, die im Kampf "um die Einheit Koreas" ihre militärischen Kräfte messen.

+ + +

England hat eine Schlacht verloren

-f. England hat eine bedeutende und in ihren Folgen noch unübersehbare Schlacht auf einem gefährlichen Feld verloren, die Schlacht gegen die Perser. Der zu Ohnmachten und Tränen neigende persische Premier hat in einem Streit, in dem es um Öl und Macht ging, die Engländer Zug um Zug aus ihrer formaljuristisch guten Position herausmöviert und sie dann durch ein Überraschungsmanöver geschlagen. Die Nachhutgefechte vor dem Weltsicherheitsrat sind Scheingefechte, die an den Realitäten nichts mehr ändern.

Nach Lage der Dinge hatte England gegenüber dem persischen Fanatismus nur eine Chance: Sein Recht mit Waffengewalt zu schützen und damit Gewalt gegen Gewalt zu setzen. So erschien und erscheint jedenfalls oberflächlicher Betrachtung die Situation. Dieser Schein trügt. In Wirklichkeit war die Lage weit komplizierter. Das Recht Englands auf das persische Öl war formaljuristisch klar. Es besaß einen von der persischen Regierung unterzeichneten Vertrag, und diesen Vertrag hat Persien gebrochen. Aber die Perser haben seine Rechtsgültigkeit bestritten, da er unter Zwang unterschrieben worden sei. Die Briten haben sich gehütet, bei der Zurückweisung dieser persischen Behauptung in die Einzelheiten zu gehen. Die Umstände der Vertragsunterzeichnung waren keineswegs dazu angetan. Es hätte nicht bestritten werden können, daß der Schah zunächst die Unterschrift verweigert hatte. Zwischen der Weigerung und der Unterzeichnung lag das Auftauchen britischer Kriegsschiffe im Persischen Golf.

Die Perser haben mit diesem Schachzug die juristische Frage auf die politische Ebene verschoben. London hat es mit Recht für klüger gehalten, sich auf Verhandlungen einzulassen. Dabei zeigte sich allerdings, daß das Verhandeln trotz amerikanischer Vermittlung ungewöhnlich schwer geworden war. Der angestaute Haß des gegenüber englischem Druck so viele Jahrzehnte ohnmächtigen Persien brach sich gewaltsam Luft und traf nun auf ein verwandeltes England, das die bequeme Zuflucht zur Gewalt aus vielen Gründen scheute.

Die verwickelten Einzelheiten des Streites sind jetzt nur noch für Historiker und Juristen von Interesse. In dem Augenblick, in dem die persische Regierung Abadan militärisch besetzen ließ, war die Sache Englands in Persien verloren. Denn... hätte eine

militärische Reaktion Londons in jedem Falle Krieg bedeutet.

Es ist gar kein Zweifel, daß von England bei Behandlung dieser schwierigen Streitfrage Fehler gemacht worden sind. Aber sie sind nicht erst 1951, sondern sehr viel früher gemacht worden. Spätestens in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg hätte die britische Regierung dem persischen Nationalismus durch eine großzügige Vertragsrevision den anti-britischen Stachel ziehen müssen. Das hätte ihr erspart, während des Krieges den alten Schah abzusetzen und in die Verbannung zu schicken. Hier liegen die Wurzeln der Misere der britisch-persischen Beziehungen, nicht bei Attlee.

+ + +

Hitler in Spanien

Daß der Geist des vorzeitig in Rauch aufgegangenen Führers des großdeutschen Reiches noch immer durch die Lande spukt, zeigen die Worte, die aus Remers, Frießners und so mancher Stahlhelm- und Soldatenbündler Munde kommen, uns täglich zur Genüge. Unser Bedarf an nazistischen Erinnerungen wird im eigenen Lande reichlich gedeckt.

In Spanien scheint man zu glauben, daß wir in dieser Hinsicht zu kurz kämen. Da versendet zum Beispiel aus Madrid der Verlag Edicional Fuego SL eine umfangreiche kriegerisch-nazistische Bücherliste nach Deutschland, an deren Spitze Hitlers "Mein Kampf" (Preis 10 M) angeboten wird. Wen es interessiert, der mag sich bedienen; und wer dabei etwa zu "Mein Kampf" greifen würde, könnte möglicherweise sogar von seinen wehmütigen Erinnerungen geheilt werden, wenn er es fertig brächte, das Buch endlich auch einmal zu lesen, was er tausend Jahre lang versäumt haben wird. Die Liste ist also nicht weiter wichtig. Aber die am Schluß angefügte Notiz ist wert, festgehalten zu werden:

"Wir interessieren uns für alles, was geschrieben wird (oder geschrieben worden ist) - für oder gegen - Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Martin Bormann, Hermann Goering, Admiral Canaris ... und übernehmen Herausgabe und Vertrieb in deutscher, spanischer, englischer und französischer Sprache jener Werke, die in Deutschland heute noch nicht veröffentlicht werden können".

Noch nicht veröffentlicht werden können? Wir haben eigentlich die Erfahrung gemacht, daß es keine Gemeinheit gibt, die zu schreiben ein deutscher Nazi noch nicht wagt und die zu drucken ein deutscher Verleger sich noch scheut. Was mag der Hitlergeist in Spanien darüber hinaus noch als Bescherung für das deutsche Volk auf dem Wunschzettel haben?

Illusionsgeladene Vorstellungen amerikanischer Militäre möchten Spanien in die demokratische Europaverteidigung einbeziehen, die Demokratie hat gewiß ein weites Herz. Oder sollte die Fühlungnahme mit Spanien gar keine Illusion sein und ist vielleicht der Glaube, daß es die Demokratie ist, die verteidigt werden soll, eine Illusion? Dann allerdings wären gewisse soldatische Entwicklungen in Deutschland verständlich und könnte es wünschenswert erscheinen, daß den so zahlreich vorhandenen Erinnerungen und Parolen neues, heißes, spanisches Blut zugeführt werde.

R.G.

+ + +

Ex-Gauleiter Lohse erhält Pension

E.M. - Kiel

Der schleswig-holsteinische Landtag wird sich am Mittwoch mit einer Großen Anfrage sowie mit einem Antrag der SPD zu beschäftigen haben, durch die die bedenkliche politische Entwicklung in diesem kleinen Bundeslande schlaglichtartig aufgehellert wird. Der Antrag der Oppositionspartei zielt auf die Abberufung des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung, des CDU-Abgeordneten Oskar-Hubert Dennhardt und durch die Große Anfrage soll die Koalitionsregierung Lübke zu dem Eingeständnis veranlaßt werden, daß sie dem ehemaligen NS-Gauleiter und Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, eine Pension in Höhe eines Viertels des normalen Satzes bewilligt hat.

Dennhardt bestreitet, für die Festsetzung der Pension Lohses verantwortlich zu sein, da darüber allein der Entnazifizierungsausschuß zu beschließen gehabt habe. (Die SPD hatte bereits, da sie die "bedenkenlose Entlastung hoher NS-Funktionäre" durch die damalige Regierung Bartram nicht glaubte mitverantworten zu können, seit dreiviertel Jahr ihre Mitglieder aus den Entnazifizierungsausschüssen zurückgezogen). Dem ehemaligen Oberstleutnant Dennhardt, der zu dem sogenannten deutschnationalen Flügel der CDU gezählt wird, wird jedoch außerdem vorgeworfen, er benutze offensichtlich das Kieler Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung für eine Art Mohrenwäsche, die in den gemäßigten Kreisen selbst seiner eigenen Parteifreunde für nicht unbedenklich gehalten wird.

Besonders kennzeichnend für gewisse Restaurationstendenzen in Schleswig-Holstein ist der Fall Lohse. Dieser persönliche Freund und Günstling Hitlers wurde am 23. Januar 1948 von der Spruchkammer Bielefeld zu zehn Jahren Gefängnis und Einziehung seines Vermögens verurteilt. Im Februar 1951 wurde er wegen Haftunfähigkeit entlassen und anschließend vom Entnazifizierungsausschuß in Gruppe III, d.h. als Minderbelasteter, eingestuft. Gleichzeitig wurde ihm ein Viertel seiner Pension als Oberpräsident zugesprochen.

Der heute 55jährige Lohse betätigte sich bereits 1923 sehr rege im Völkisch-Sozialen Block, trat 1925 der NSDAP bei und wurde bald zum "Gauführer für Schleswig-Holstein" sowie zum SA-Obergruppenführer ehrenhalber befördert. 1928 erhielt er die Bezeichnung "Gauleiter".

Seit dem gleichen Jahr gehörte er dem Preußischen Landtag und seit 1933 dem Reichstag an. Nach der "Machtergreifung" wurde er - ein kleiner Bankangestellter - außerdem zum Oberpräsidenten und damit zum höchsten Beamten auf Lebenszeit ernannt. 1941 bis 1944 war Lohse "Reichskommissar für das Ostland" in Riga und machte sich hier - bei der Wehrmacht wie bei der Zivilbevölkerung - als rigoroser Vertreter der NS-Parteibürokratie verhaßt.

"Gauleiter" Lohse scheint sich jedoch mit seinem "demokratischen Ehrensold" noch längst nicht abfinden zu wollen. Wie es heißt, beabsichtigt er Schritte zu unternehmen, um auf gerichtlichem Wege wieder in den Besitz seines Gutes Lindhöft zu gelangen, das er seinerzeit auf noch nicht geklärte Weise erworben hatte und das ihm durch das Bielefelder Spruchkammerurteil aberkannt worden ist.

Die Affäre Lohse hat in Schleswig-Holstein weitestes Aufsehen erregt. Minderbelastete ehemalige NSDAP-Mitglieder sind empört, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wurde. Die Regierungskoalition aus Wahlblock (CDU, FDP, DP) und dem BHE dürfte es schwer haben, angesichts der Pensionszahlungen an einen der prominentesten Nazimacht-haber ihr "demokratisches Gesicht" zu wahren. Harte Kritik wird vor allem auch aus Kreisen der Heimatvertriebenen laut. Sie weisen darauf hin, daß heute ausgerechnet der Mann "belohnt" wird, der in hohem Maße für ihr Unglück die Verantwortung trägt.

In der Landtagssitzung Mitte dieser Woche dürfte die Kieler Regierung äußerst harten Vorwürfen ausgesetzt sein. Die Opposition ist der Auffassung, daß die Fälle Lohse und Demhardt letztlich als Grundsatzfragen des demokratischen Gewissens behandelt werden müssen.

+ + +

Sozialdemokratische Frauentagung

(sp) Am 19. bis 21. Oktober 1951 findet in der Orangerie in Fulda die diesjährige zentrale Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt. Die Konferenz beginnt am 19.10. nachmittags 14 Uhr.

Die Hauptreferate sind:

- 1) Dr. Elisabeth Selbert: "Die gesetzgeberischen Konsequenzen des Art. 3 des Grundgesetzes",
- 2) Minna Specht (langjährige Leiterin der Odenwaldschule): "Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe".

Am 20.10. findet in der Stadthalle Fulda eine große öffentliche Kundgebung statt, auf der das Hauptreferat der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, gehalten wird. Außerdem werden u. a. Louise Schröder und führende Sozialistinnen des Aus- und Inlandes sprechen.

+ + +

von massgebender sozialdemokratischer Seite wird erklärt:

Keine Verschiebung der Verantwortlichkeit!

Die antlichen Untersuchungen über den behaupteten Diebstahl und Verkauf angeblicher Geheimsachen haben bisher neben der Aufdeckung der Unordnung und des mangelhaften Verwaltungsaufbaues in der obersten Bundesbehörde nur ein Ergebnis gezeitigt:

Der Nachrichtendienst ausgerechnet der französischen Besatzungsmacht bespitzelt den Bundeskanzler. Mit diesem allein wichtigen Tatbestand setzen sich weder die Bundesregierung, noch ihre Parteien auseinander, geschweige denn, dass sie die Konsequenzen daraus ziehen würden.

Statt dessen lenken sie ab. Wider besseres Wissen haben einige Zeitungen und gestern auch der Abgeordnete Dr. Mühlenfeld (DF) die Verdächtigung ausgesprochen, dass führende Sozialdemokraten vom Verkauf sogenannter Dokumente an den französischen Nachrichtendienst oder irgend welche dritte Personen gewusst hätten und ihn darum hätten aufdecken müssen.

Wir stellen erneut fest, dass wir keinerlei Dokumente geheimen Charakters erhalten und nie gewusst haben oder wissen konnten, dass Dritte irgendwelche Dokumente oder Schriftsätze erhalten haben. Diese Art der Verdächtigung ist das Unsauberste, was seit 1945 in der deutschen Politik betrieben worden ist. Die Methode dieser Kampagne atmet den Geist der Nürnberger Rassegesetze, deren bewährter Kommentator als nächster Berater des Bundeskanzlers die Untersuchung führt.

+ + +

Nach Mitteilung der Presse hat die CDU die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung dieser Angelegenheit verlangt. Die Sozialdemokratie sieht in diesem Verlangen den Versuch, betroffene Kreise, vom Platon-Standal und damit von dem Verkauf wirklicher Staatsgeheimnisse auch an das Ausland durch hohe Regierungsbeamte abzulenken.

Die Parteien der Bundesregierung möchten diesen Antrag als Wahl-schlager für die Bremer Wahlen am kommenden Sonntag benutzen und damit die Aufmerksamkeit der Wähler auch von dem Misserfolg der Aussenpolitik des Bundeskanzlers ablenken.

Die Sozialdemokratie fordert restlose Aufklärung der Verleumdung. Sie verlangt, dass der Untersuchungsausschuss alsbald zusammentritt und insbesondere die Hauptsache, nämlich die Platon-Affäre, ohne Rücksicht auf irgend welche Personen aufdeckt.